

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortl. Redakteur: Hermann  
Koch. Druck- und Verlagsanstalt  
Koch & Kirschner in Dresden.  
Postfach-Nummer 25 241  
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Verühr bei jeder Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,60,-  
Einzelnummer M. 30,-, Sonntagsausgabe M. 40,-.  
Die tägliche Nummer kostet M. 20,-, außerhalb Sachsens M. 25,-. Familien-  
anzügen und Gelegenheitsbestellungen unter Wegfall jeder weiteren Abgabe.  
Verzugspreise laut Tarif. Zusätzliche Abzüge gegen Vorzugszahlung.

Druck- und Verlagsanstalt  
Koch & Kirschner  
Postfach-Nummer 25 241  
Für die Redaktion: 20011.

Druck nur mit deutscher Quotenangabe („Dresdner Nach.“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

**PIANOS**  
Weltmarko.

## Wolfframm

**FLÜGEL**  
Weltmarko.

Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

## Die Entscheidungskonferenz in London.

Poincaré für ein verlausullertes Moratorium. — Mussolini gegen militärische Druckmittel.  
Bonar Law für Zahlungen im Rahmen des Möglichen.

### Die erste Fühlungnahme der Ministerpräsidenten.

England verleiht auf die Schulden der Alliierten.  
Paris, 10. Dez. Ueber den Verlauf des geistlichen ersten Verhandlungstages in London glaubt Dawas, obwohl alle Delegationen das strengste Geheimnis wahren, folgendes mitteilen zu können: Wie es scheint, könne

der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland höchstens auf zwei Jahre ein Zahlungsausschub für seine Goldschulden gewährt werden könne. Während dieser Zeit müßten die Zahlleistungen, wenn auch in verringertem Maßstab, weiter erfolgen. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist geschlossene Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer Milliarde Goldmark, zu der eine gleichhohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müßte, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine

Barakasse für die Ausföhrung dieser Reformen zu besitzen, würden die Alliierten 25 v. H. der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen erheben, sowie die Bergwerke des Ruhrgebietes kontrollieren. Mussolini hat, wie Dawas weiter berichtet, der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Ueberzeugung ausdrückt, daß, wenn ein Zahlungsausschub gewährt werden müßte, dies nur gegen gewisse Barakassen erfolgen dürfte. Mussolini sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel.

### Bonar Law

habe die französischen Vorschläge in sehr gemäßigter Form kritisiert. Er betrachte die Ausbrecherhaltung der Forderung als grundlegende Notwendigkeit, müßte aber auch mit der öffentlichen Meinung in Großbritannien rechnen, die in ihrer Weisheit jeder Zwangsmassnahme gegenüber Deutschland feindlich gegenüber sei. Auch England leide stark unter den Folgen des Krieges. Es sei weit davon entfernt, das Deutsche Reich von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen erlangen, aber im Rahmen des Möglichen. Die gegenwärtige englische Realisation werde eine verlässliche Kontrolle der deutschen Finanzen anlassen und über auch der Erhebung von 25 v. H. vom Werte der deutschen Ausfuhr, sowie von den deutschen Zolleinnahmen bestimmen.

Weiter berichtet Dawas: In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angeschnitten. Bonar Law habe versichert, daß die britische

Realisation, ohne die amtlichen Absichten Amerikas abzuwarten, einen Erfolg der Zusammen zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schulden. Voraussetzung hierfür sei, daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne. Auscheinend eröffnen sich nach jeder Richtung, wie Dawas hervorhebt, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Völkern, deren Erörterung die Ralfour-Note im August dieses Jahres verhindert habe. Am Schluß der Londoner Davas-Rede heißt es: Die man sehe, seien die französische und die britische Auffassung noch ziemlich weit voneinander entfernt, aber im Gegensatz zu den letzten Konferenzen könne man eine allgemeine Lösung erhoffen, da die Beratungen mit gutem Willen fortgesetzt würden. (W. T. U.)

### Der Reuter-Bericht.

London, 9. Dez. Reuter teilt mit: Die heutigen Besprechungen der alliierten Minister waren in äusserst freundschaftlichem Geiste gehalten und ließen teilw. der bisherigen Mißverständnisse aufkommen. Poincaré und Mussolini legten den französischen und den italienischen Standpunkt dar. Mussolini stellte einen Plan zur Lösung des Reparationsproblems mit und vertrat seine Anschauungen mit eindringlicher Kraft, die bei seinen Kollegen den stärksten Eindruck erweckten. Heute ist betont worden, daß alles der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Solidarität untergeordnet werden müsse. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß große Hoffnung besteht, daß die Konferenz zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß kommt. (W. T. U.)

### Kein Reparationsvergleich Bonar Laws.

Paris, 10. Dez. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in London meldet: Bonar Law, der auf die englischen Forderungen an die Alliierten verzichtete, sei jedoch anscheinend nicht geneigt, auf den Anteil Großbritanniens an den Reparationen gemäß dem Abkommen von Spa zu verzichten. (W. T. U.)

### Die Ministerpräsidenten beim König von England.

London, 10. Dez. Reuter meldet: Heute vormittag fand keine Sitzung der Ministerkonferenz statt, da die Premierminister beim König zu einem Besuch eingeladen waren. Mussolini hatte nur kurze Zeit Gelegenheit, mit Bonar Law allein zu sein. Die italienischen Sachverständigen arbeiteten die ganze Nacht an dem Reparationsplan Mussolinis. Die Konferenz wird heute nachmittags um 3 Uhr wieder zusammenberufen. (W. T. U.)

### Dienstag Konferenzschluß?

London, 10. Dez. Nach einer Mitteilung des Reuterischen Bureaus gilt es als wahrscheinlich, daß die Verhandlungen der alliierten Ministerpräsidenten bis Dienstag dauern werden. (W. T. U.)

## Der Diplomatenkrieg in Lausanne.

### Nachdrücklicher Widerstand der türkischen Delegierten.

Lausanne, 9. Dez. Die Beratungen der Konferenz befrachten sich heute hauptsächlich auf Beratungen der Unterkommissionen für die Verteilung der ottomanischen Schuld und die Frage der Kapitulationen. Dabei trat zur Ueberzeugung der alliierten Unterhändler der nachdrückliche Widerstand seitens der türkischen Delegierten, der Abgordneten der Nationalversammlung von Angora, Baki-Bey und Zekai-Bey hervor, welche die Bedingungen türkischer Unterhändler vertraten. In der Frage der ottomanischen Schuld erklärten die türkischen Unterhändler energisch, daß nicht nur die Balkanstaaten, sondern auch die durch den Waffenstillstand von Mudros abgetrennten türkischen Gebiete für ihren Anteil an der Schuld aufkommen hätten, so daß für die neue Türkei nur die auf ihr Gebiet entfallende Schuld in Betracht komme. Die Alliierten bestanden dagegen darauf, daß bei der Verteilung der Lastbestand des Jahres 1914 maßgebend sein sollte. In der Frage der Kapitulationen erhoben die Türken ebenfalls zahlreiche Einwände gegen die Forderungen der Alliierten, so daß man heute keinen Schritt vorwärts gekommen ist.

### Tschischerin brandmarkt den Rhein-Bosporus-Bandel.

Lausanne, 9. Dez. Tschischerin empfing heute die in Lausanne weilenden türkischen Journalisten, denen er längere Erklärungen über die russische Auffassung zur Lage gab. Dabei betonte er vor allem, daß die Bemühungen der Alliierten darauf hinausgingen, die Türkei um die Früchte ihres Sieges zu bringen. Frankreich habe leider auf eine unabhängige Politik in der Türkei zugunsten Englands verzichtet, weil es auf Kompensationen

in der Reparationsfrage Deutschland gegenüber rechte. Es sei aber fraglich, ob dieses Zusammengehen zwischen Frankreich und England von Dauer sein werde. Die öffentliche Meinung in England sei sich bildend als daß, sobald einmal die Reparationsfrage behandelt werde, Frankreich wirklich die erwarteten Reparationskompensationen erhalte. Die öffentliche Meinung Englands spreche sich gegen die Forderungen Frankreichs Deutschland gegenüber aus. In der Meerengenfrage beharrte Tschischerin energisch auf dem russischen Standpunkt. Wenn die Meerengen nicht besetzt und nicht geschlossen würden, blieben die Türkei und Anklund ständig bedroht und, da die Alliierten Absichten auf den Kaukasus hätten, würden sie schließlich eingekreist werden. Die türkischen Journalisten empfingen von den Erklärungen den Eindruck, daß Tschischerin der Türkei volle Handlungsfreiheit an lassen wüßte, aber großen Wert auf die türkisch-russische Solidarität lege. (W. T. U.)

### Narutowicz Pilsudskis Nachfolger.

Warschau, 9. Dez. Die Wahl des Staatspräsidenten an Stelle des verstorbenen Pilsudski hat einen verwinkelten Verlauf genommen. Erst im fünften Wahlgang erhielt einer der Bewerber die absolute Mehrheit. Es war Narutowicz, der bisherige Minister des Aeußeren, der mit 280 Stimmen gegen den Grafen Jamski, den polnischen Botschafter in Paris, gewählt wurde.

Narutowicz, der neue Staatspräsident der Republik Polen, stammt aus Litauen und war vorher Ingenieur in der Schweiz. Er hat als solcher internationale Ansehen genossen. Einem der früheren Kabinete gehörte er als Arbeitsminister an. Bei dem letzten Kabinettswechsel übernahm er das Ressort des Aeußeren, ausgesprochen in der Absicht, die Politik des verstorbenen Pilsudski entgegen den nationalitätlichen Erwägungen fortzusetzen.

### Das Rheinland bleibt deutsch!

Erweiterter Protest des Reichstages.  
Berlin, 9. Dez. An einer Besprechung zwischen dem Reichstagespräsidenten und Reichsminister rheinischer Verordnungen führte Dr. Cuno, nachdem er der rheinischen Presse für ihre vaterländische Haltung gedankt hatte, u. a. folgendes aus: „Ich habe bereits am vergangenen Sonntag betont und will es heute nochmals tun, daß die Reichsregierung unbedenklich bei ihrer im Reichstag abgeordneten Erklärung bleibt. Keine deutsche Regierung, mag sie ausüben, wie sie will, kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn die Freigabe des Rheinlandes wäre das Ende des Deutschen Reiches.“

Hier handelt es sich um eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Ich möchte wünschen, daß man auch in französischen Kreisen den Ausdruck der Gefühle des deutschen Volkes versteht und würdigt. Die Rheinlande, die sich im Rheinlande sonderbündelischer Partoneten befinden, müßten, wenn sie wirklich leben wollen, jetzt eingeleitet haben, daß alle ihre Bemühungen, in die rheinische Bevölkerung Ruhe zu treiben, unmöglich sind. Die rheinische Kultur ist echt, ist bodenrecht. Die Regierungen der Länder geben die Gewähr, daß diese Kultur als wertvolles Kulturgut bestehen bleibt und gefördert wird. Der Ausdruck rheinischen Lebens mag im einzelnen, in der Rheinpfalz, in Rheinpreußen, am Niederrhein oder in den übrigen Gebieten verschiedenartig sein. Der Gesamtgedanke aber ist deutsch, ist eine Trenne zum Deutschland, die durch nichts ersetzbar werden kann.

Zu den wenigen Rechten, die uns im Verfallener Vertrag gelassen worden sind, gehört eins, das wir unter keinen Umständen preisgeben:

der Anspruch auf ungeschmälerte Zugehörigkeit der rheinischen Gebiete zum großen deutschen Vaterland.

Im Augenblick des Zusammenbruchs hat sich Deutschland blutenden Verdens im Osten und Westen zur Abtretung von Gebieten verpflichtet müssen. Damit ist das Maß voll. Nochmals kommt kein Augenblick, an dem Deutschland bereit wäre, sich wiederum und von neuem verpflichten zu lassen. Au Gegenstück: unsere Politik muß als eines der Hauptziele im Auge haben, die jetzt noch von fremden Oeeren besetzten Gebiete sobald als möglich von dieser Last zu befreien. Die Anforderungen und Kosten der

### Belagungsarmee

bilden eine Last für Rheinland und Reich, die noch ständig sich heizert. Wieviel nützliche Ausbaurbeit, die eifrige Friedensarbeit wäre, könnte mit Hilfe dieser Milliarden geleistet werden? Welche Erleichterung in den internationalen Beziehungen hätte eintreten können, wenn diese ungeheuren Summen zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete oder zur Zahlung der Reparationsverpflichtungen verwendet worden wären? Für uns gilt, daß alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel geschieht, das jedem Deutschen vor allem flüchtig am Herzen liegt:

### Die Befreiung der Rheinlande!

Damit komme ich zu der Frage, wann dem Rheinlande diese Stunde schlagen wird. Den Zeitpunkt, von dem ab die fünfjährige Belagungszeit zu rechnen ist, bestimmt der Artikel 428 des Friedensvertrages in unabweisbarer Weise: Es ist der Tag des Inkrafttretens des Vertrages selbst. An welchem Tage der Vertrag von Versailles in Kraft getreten ist, erahnt sich aus den Bestimmungen des Artikels 410, der in den entscheidenden Punkten folgendermaßen lautet:

Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Kapitulationsurkunden wird erstellt, sobald der Vertrag von Versailles eintrifft und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert ist. Mit der Erteilung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den oben verzeichneten Parteien, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrag vorgesehenen Fristen.

Dieses erste Protokoll ist aber am 10. Januar 1920 erstellt worden.

Darauf haben die Fristen für die Befreiung der Rheinlande am 10. Januar 1920 begonnen. Deutschland hat demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1923 der Präsidenten von Agram und die übrigen im Artikel 428 genannten Gebiete geräumt werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1920 müßten der Präsidenten von Koblenz und die übrigen im Verfallener Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein und mit dem Ablauf des 9. Januar 1925 müßte der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben!

Dieser Rechtsanspruch ist nur einer Einschränkung unterworfen, die im Schlußabsatz von Artikel 429 des Vertrages dahin feststeht, daß die Zurückziehung der Belagungsgruppen in gewissem Umlange aufgeschoben werden kann, wenn nach Ablauf der fünfjährigen Belagungsfrist die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands









